

Neues aus dem Neckartal und aus der Region



DIE LINKE.

Ortsverband Rottenburg

In Farbe auf:
Die-linke-rottenburg.de

Februar 2026

Neue Sekundarschule statt rückwärtsgewandtes Auslesesystem

Die Zukunft unserer Kinder steht auf dem Spiel

Das öffentliche Schulsystem im Ländle ist mehr als desolat: Die Gebäude sind seit Jahren nicht mehr renoviert und auf den neuesten Stand der Pädagogik (z.B. Lerngruppen) angepasst worden. Das EBG in Rottenburg muss für insgesamt 48 Mio. Euro grundlegend renoviert werden – die höchste öffentliche Investition der Stadt überhaupt. Für die versprochene Mensa auf dem Hohenberg für drei Schulen ist bis 2028 kein Geld da.

Baden-Württemberg hat bundesweit mit das unübersichtlichste und teuerste Schulsystem von allen Bundesländern – und zugleich sehr schlechte Ergebnisse bei Grundschulern in Lesen und Rechnen. Die Kompass-4-Prüfungen vor dem Übergang in die weiterführende Schule waren ein Reinfall. Zusammen mit der verbindlichen Grundschulempfehlung haben sie sich als reine Auslesemaßnahme herausgestellt, um nach der Rückkehr zum 9-jährigen Gymnasium einen Ansturm aufs Gymnasium zu verhindern. Für alle anderen Schularten hat die Landesregierung bis heute kein Konzept für längeres gemeinsames Lernen. Grüne und CDU wollen partout das mehrgliedrige Schulsystem aufrecht erhalten. Dabei hatte die arbeitgebernahe „Neue Soziale Marktwirtschaft“ gerade festgestellt, dass das Ländle bundes-

weites Schlusslicht in der frühkindlichen Bildung ist und beim Angebot von Ganztagskitas auf dem vorletzten Platz liegt!

Neue Sekundarschule

Eine unabhängige Arbeitsgruppe von 14 Bildungsexperten (Wissenschaft, Schulpraxis und Forschung) hat mit Unterstützung der Robert-Bosch-Stiftung seit zwei Jahren einen umfassenden Vorschlag für ein einheitliches Bildungsangebot für die Klassen 5-10 erarbeitet. Es soll nur noch zwei übersichtliche Schultypen geben – neue Sekundarschule mit Haupt-, Werkreal-, Real- und Gemeinschaftsschule und das Gymnasium.

Die Lernenden genießen eine verbindliche Ganztagschule (mit Mensa!) und werden begleitet von einem professionellen Team für die individuelle Förderung. Ab Klasse 5 soll es berufs- und arbeitsweltbezogene Angebote geben, die Abschlüsse reichen von der Hauptschule bis zum Abitur. Durch die Inklusion soll endlich der individuelle Bildungsweg von den Fähigkeiten der Lernenden bestimmt und von der sozialen oder ethnischen Herkunft des Elternhauses abgekoppelt werden.

>>>>>

Und weiter: Seite 3: Stuttgart 21

Seite 4: Regionalverband Neckar-Alb beschließt Windparks

Seite 5: Solidarität mit Rojava!

Seite 7: Wahlaufruf: DIE LINKE in den Landtag



Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! **Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!** **Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**

Aufschrei der Gegner

Sofort nach Bekanntwerden des Konzepts, das längst in mehreren europäischen Ländern erfolgreich erprobt ist, ging ein Geschrei los. Die CDU griff das Expertenteam frontal und populistisch an, es schlage „Einheitsbrei“ statt „Vielfalt“ vor: „Eine Einheitsschule oder den Einheitslehrer lehnen wir ab.“ Das weltfremde Schlagwort vom „Einheitsbrei“ verrät nicht nur die völlige Unkenntnis von Pädagogik, es ist eine Beleidigung der großen Anstrengungen des Expertenteams und richtet sich gegen die Erfolge der Gemeinschaftsschulen im Ländle: Auf ihnen lernen inzwischen fast 16 Prozent aller Kinder und Jugendlichen und haben letztes Jahr erneut zugelegt! Zugleich fehlt im Landtagswahlprogramm jegliche Aussage zu Ganztags-Kitas als Voraussetzung für einen besseren Übergang zur weiterführenden Schule. Auf Wahlveranstaltungen wird das Thema konsequent übergangen – die Zukunft unserer Kinder spielt keine Rolle!

Die „Kompetenz“ der FDP in Bildungsfragen erkennt man an ihren Angriffen auf die „bildungspolitische Geisterfahrt der grünen Landesregierung“ (T.Kern), die angeblich „alle Schularten zu Gemeinschaftsschulen“ machen wollte.

Grüner Abgesang

„Integrativen Schulsystemen gelingt es besser, den Erwerb der Grundkompetenzen zu sichern und gleichzeitig Spitzenleistungen zu erzielen“, hieß es noch beim Landesparteitag 2005 in Bad Saulgau. Vier Jahre später vertraten die Grünen in Bruchsal die Einführung von zwei- oder dreizügigen Gemeinschaftsschulen als Gegengewicht zum Schulsterben im ländlichen Raum. Doch lang, lang ist's her. Man will ja nicht die Großspender der Grünen vergraulen. Während die SPD ein klares Bekenntnis



zur neuen Sekundarschule abgibt, verkürzen die Grünen die „Reform“ einzig auf die Rückkehr zum 9-jährigen Gymmi, die ihr Ministerpräsident jahrelang, aber letztlich vergeblich, gegen den Elternwillen verhindert hatte. Ansonsten sind sie ideenlos, wie individuelles Lernen in Gemeinschaft besser gefördert werden kann.

Vorteile der neuen Schulart

Der Vorteil der Neuen Sekundarschule ist, dass sie das unterschiedliche Lernen des Kindes ernst nimmt. Jedes Kind lernt nicht gleichmäßig in allen Bereichen, sondern setzt sich jeweils eigene Schwerpunkte entsprechend Neugier und Interesse. Deshalb ist es völlig falsch, die weiterführende Schulart für alle Kinder willkürlich nach der vierten Klasse durch eine Auslese zu bestimmen. Jedes Kind kann den anderen beim Lernen helfen und dabei seine Fähigkeiten in der Vermittlung des Erlernten entwickeln. Zugleich können die anderen ihm bei seinen Problemen helfen, ohne dass es dauernd Misserfolge erlebt. So entwickeln alle ihre Begabungen und Vorlieben für den weiteren Bildungsweg. Denn Lernen

und Entwicklung sind ein gemeinsamer Prozess, Auslese gefährdet oder zerstört die Motivation sogar. Besonders interessant ist der Schwerpunkt ab Klasse 5, den Lernenden die Arbeitswelt durch berufs- und arbeitsweltbezogene Angebote nahezubringen. Für die Eltern ist der Ganztagsunterricht eine Erleichterung, ermöglicht er doch vor allem Frauen eine Ganztagsbeschäftigung mit besserer Bezahlung und Rente. Aber das ist für das CDU-Frauenbild aus dem 19. Jahrhundert natürlich schwer einzusehen.

Wir sind im Ländle am Anfang einer auf die Zukunft unserer Kinder gerichteten Diskussion um eine neue Idee von Bildung und Entwicklung. Dies darf nicht durch populistische Angriffe der Nein-Sagerparteien CDU und FDP zerstört werden!

Emanuel Peter

Katharina Reiche bricht EU-Recht und schweigt

Ein so genanntes „Netzpaket“ der Wirtschaftsministerin ist bekannt geworden. Bisher mussten Netzbetreiber Entschädigungen an Anlagenbetreiber von Erneuerbaren Energien (EE) zahlen, wenn diese mehr Strom erzeugt hatten, der nicht transportiert werden konnte. Grund ist, dass das Stromnetz nicht schnell genug ausgebaut wird. Reiches „Netzpaket“ sieht vor, dass von großen Energiekonzernen wie E.ON und RWE der Anschluss in bestimmten Gebieten abgelehnt werden kann - vor ihrem Ministerposten war Reiche Lobbyistin für E.ON. Die Entscheidung ohne jegliche Begründung und konkrete Zeitangabe wird damit von den Konzernen privatisiert und kann für zehn Jahre gelten. Dieser Plan verstößt offen gegen geltendes EU-Recht, wie der Bundesverband WindEnergie (BWE) kritisiert. Er würde zulasten des Handwerks und der Verbraucher gehen und Investoren in EE verunsichern. Kritiker werfen Reiche vor, die notwendige Energiewende zugunsten der Großindustrie und der Energiekonzerne zu boykottieren. Denn das „Netzpaket“ ist zufällig identisch mit den Forderungen von 2023 dieser beiden Konzerne und entspricht Reiches Absicht, fossile Energien durch 50 neue Gaswerke zu fördern. Stattdessen will sie den 8.300 Biogas-Anlagen, vor allem in den neuen Bundesländern die Einspeisung ins Energienetz verweigern und dem niederländischen Konzern Onedias Erdgasbohrungen direkt neben dem UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer erlauben. Die Berliner Regierung tritt den Klimaschutz mit Füßen. Wie lange noch?

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! **Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!** **Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**

Stuttgart 21 – Wahnsinn Pfaffensteigtunnel

das Durchpeitschen eines unterirdischen Schwachsinn

Der Pfaffensteigtunnel soll künftig Fahrgäste aus Zürich und Singen zum Flughafen Stuttgart und weiter in den neuen S21-Tiefbahnhof bringen. Doch Kritiker zweifeln am wirtschaftlichen Nutzen. Die völlig aus der Zeit gefallene extrem teure Ersatzstrecke für die seit 150 Jahren existierende Panoramabahn sei nicht rentabel.

Der 11,3 Kilometer lange Tunnel soll von der Strecke nördlich von Böblingen abzweigen und zum Flughafen geführt werden. Für mindestens 15 Jahre müssten Pendler nach Kappung der Gäubahn dann provisorisch in Vaihingen in U- und S-Bahn umsteigen, um zum Hauptbahnhof oder in die Innenstadt zu gelangen. Bisher galt die Annahme, dass der Bau dieses Tunnels überhaupt noch nicht planfestgestellt und finanziert sei, so dass dieser Zustand zu einem Dauerprovisorium werden könnte.

Doch plötzlich, oh Wunder, sollte alles ganz schnell gehen, nachdem der Pfaffensteigtunnel in den Haushaltsplanentwurf 2026 der Bundesregierung aufgenommen wurde. Demnach könnte schon im Frühjahr mit dem Bau begonnen werden, die Fertigstellung ist für 2032 geplant.

Kritiker kommen jedoch zu dem Schluss, dass der Pfaffensteigtunnel nicht rentabel ist. Entscheidend hierfür ist das

und dass es die Bahn dadurch geschafft hat, dass der Bund den Tunnel aus dem maroden Kernhaushalt aus Steuermitteln bezahlen muss. Für den Pfaffensteigtunnel sollen am Ende über 3,5 Milliarden Euro Steuergelder vergeudet werden für heute 75 bis 90 Fluggäste pro Tag von insgesamt über 5.000 täglichen Nutzern der Gäubahn nach Stuttgart. Welch ein unwirtschaftliches Missverhältnis!

2. Ein Hauptargument der Bahn für den Tunnel ist, dass er den Deutschlandtakt im Hauptbahnhof erst ermöglichen. ABER: Das ist totaler Quatsch! Aufgrund der Halbierung der Gleise im Tiefbahnhof auf 8 Gleise – gegenüber 16 Gleisen im bisherigen Kopfbahnhof – müssen nämlich alle Züge im Tiefbahnhof fast gleichmäßig verteilt rund um die Uhr ankommen, und dies erzwingt auch noch täglich bis zu 100 Doppelbelegungen an zu engen Bahnsteigen. Das gibt es in ganz Deutschland nicht noch mal. Da kann kein Zug lange stehen bleiben, um auf die Umsteiger zu warten!

3. Entsetzlich ist auch der unwiederbringliche Verbrauch von weiteren, rund 20 Hektar landwirtschaftlich wertvollstem Filderboden, unter anderem durch den Tunnelanbruch bei Plieningen mit 90 Meter langen, 11 Meter dicken und bis zu 2.000 Tonnen schweren Herrenknecht-Tunnelbohrmaschinen.



Nutzen-Kosten-Verhältnis (NKV). Ist der Wert 1 oder höher, gilt ein Bauvorhaben als rentabel; der volkswirtschaftliche Gewinn ist dann höher als die Baukosten. Die Bahn nennt aber einen Wert von 1,6, weshalb der Bau im Hauruck-Verfahren planfestgestellt und genehmigt wurde. Bei richtiger Berechnung liegt der Wert aber nur bei 0,23, d.h. der Tunnel ist nicht rentabel. Hier aber wurde reichlich getrickelt, denn der zweigleisige Ausbau der Gäubahn südlich von Böblingen hätte nicht in die Berechnung mit einbezogen werden dürfen.

Empörend an diesem Projekt ist nicht nur, dass es wieder um viele Milliarden und um die Behinderung des Deutschlandtakts und der Verkehrswende geht, empörend ist vor allem, mit welcher Dreistigkeit alles ignoriert wird, was man angeblich aus Stuttgart 21 gelernt habe: Entgegen allen Beteuerungen, man werde die Bürger künftig besser einbeziehen, gibt es hier nicht einmal die früher üblichen öffentlichen Anhörungen.

Weil hier wieder einmal unverfroren nach alter S21-Sitte gelogen und manipuliert wurde, will die Schutzgemeinschaft Filder e.V. Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss beim Bundesverwaltungsgericht Leipzig einreichen. Ihr Vorsitzender Steffen Siegel hat auf einer kürzlich stattgefundenen Montagsdemo die Gründe hierfür wie folgt zusammengefasst:

1. Beim Kosten-Nutzen-Faktor wurde gezielt betrogen. Wir beanstanden auf das Schärfste, dass die Bahn durch ein haushaltsrechtlich unzulässiges Schönrechnen erreicht hat, dass der Pfaffensteigtunnel überhaupt gebaut werden kann,

Der Bahnhof „Flughafen/Messe“ liegt 200 Meter von den Airport-Terminals entfernt und 27 Meter unter Tage. Er verfügt über keinerlei Rolltreppen, nur über vier bekannt lahme und unzuverlässige Bahnhofsauzüge sowie ein 9-stöckiges Treppenhaus! Das bedeutet für Fluggäste mit Gepäck und Messebesucher einen extrem unkomfortablen Umstieg zu den Terminals.

Viel schneller und einfacher wäre es, wenn die Gäubahn weiter über die Panoramastrecke nach Stuttgart fahren und dabei in Vaihingen am vorhandenen neuen Bahnsteig zwei Minuten halten würde. Dann könnten die wenigen Fluggäste bequem am selben Bahnsteig in eine fahrplanabgestimmte Express-S-Bahn zum Flughafen umsteigen und kämen in nur 9 bis 10 Minuten direkt unter den Terminals an, wie heute!

Sollte der Tunnel tatsächlich gebaut und gleichzeitig die oberirdischen Gleise in Stuttgart abgebaut werden, dann würde sich unweigerlich in einigen Jahren ein Horrorszenario einstellen. Wenn dann der gesamte Zugverkehr der Gäubahn durch Pfaffensteig- und Fildertunnel in den Tiefbahnhof gelangt, wird sich schnell herausstellen, dass dessen acht Gleise definitiv den Bahnverkehr niemals bewältigen können! Daher müssen der Kopfbahnhof und die Panoramastrecke zwingend erhalten bleiben. Und wir werden

OBCN BLEIBEN!

Gastbeitrag: Jürgen Hückstädt

Regionalverband Neckar-Alb beschließt Windparks

Planungsfläche für Vorranggebiete deutlich geschrumpft

Der Regionalverband, bestehend aus 62 Kreistags-Mitgliedern der Kreise Reutlingen, Tübingen und Zollern-Alb, beschloss 32 Gebiete auf rund 7.000 Hektar Land, auf denen Investoren Windkraftanlagen errichten können. Vorgabe waren Gesetze des Bundes und des Landes, mindestens 1,8 Prozent der Fläche in diesen Landkreisen für Windparks zur Verfügung zu stellen. Darüber hatte es jahrelang heftige Diskussionen, Einsprüche und Leserbrief-Bände gegeben. Jetzt muss dieser Beschluss noch auf Gemeinde-Ebene umgesetzt und dann für Investoren ausgeschrieben werden. Außerhalb der Vorranggebiete darf kein neuer Windpark gebaut werden.

Streit um Rammert

Der Landesschutzverband, der BUND und der Nabu hatten ausführliche Einwände eingebracht. Heftig umstritten war vor allem die Planung für den Rammert mit einem Windpark mit 13 Windrädern, die eine Höhe von 270 Metern erreichen, obwohl der Rammert aufgrund seines vielfältigen Waldes (CO₂-Speicher, Wasserreservoir und Tiervielfalt) seit 2012 ein „ausgewiesener Klimaschutzwald mit einem resilienten, teils sehr alten Mischwaldbestand und einer außergewöhnlich hohen Dichte an streng geschützten Arten“ ist, so der Nabu Tübingen. Der ist im Gegensatz zur Atomkraft-Lobby der AfD für den Windkraftausbau. „Der Rammert wurde fachlich eindeutig als Artenschutz-Kategorie-A-Fläche eingestuft, für die Windenergienutzung nicht genehmigungsfähig,“ heißt es weiter vom Nabu. Thomas Reiber und Georg Kessler aus Weilheim kritisierten zusätzlich die Nähe zur Wohnbebauung (nächtliche Lärmbelastigung). Letztlich entschieden wird über den Artenschutz in der Region vom Landratsamt Tübingen.

Verfrühter Jubel

Dagegen jubelte OB Palmer, dass für den Rammert schon alle Verträge unterschrieben seien: Die Stadtwerke Tübingen sollen 13 Anlagen vom Typ Enercon E175 mit einer Gesamtleistung von 91 Megawatt errichten, die Anlage könnte im Frühjahr 2028 ans Netz gehen. Ähnlich begeistert ist Thomas Hölsch, Fraktionsvorsitzender der konservativen Freien Wähler, der mit den Windrädern in seinen Kommunen 80.000 bis 90.000 Euro pro Jahr Gewinn erzielen will. So münzt man den vom Bund und Land verursachten Finanzkollaps der Kommunen in eine Gelddruckmaschine um - eine Energiewende im Einklang mit Mensch und Natur wird in den Wind geschrieben!

Verkleinerte Flächen

Trotz allem führte der breite BürgerInnen-Protest zu einer beachtlichen Flächenverkleinerung. Im Vorranggebiet Reutlingen/ Tübingen Tü 02 wurde die Fläche von 292 auf 132 Hektar verkleinert, im Gebiet RT-Tü-01 bleiben von 183 noch 152 Hektar, im Bereich Tü-03 bleiben von 142 ganze 43 Hektar übrig, auch wegen der NATO-Pipeline. In Baisingen/ Rotenburg bleiben von Tü-05 nur 43 Hektar übrig, weil die Versammlungsregion Stuttgart das angrenzende Gebiet BB-03 (Mötzingen) wegen mehrfacher Belastung durch Energie, Verkehr und Gewerbe (regionaler Logistikstandort) schlichtweg strich! So lohnt sich Baisingens Fläche für ein Windrad wohl nicht. Dagegen will die Firma Bitzer das bestehende Windrad durch ein wesentlich größeres Rad für den Eigenverbrauch ersetzen. Dennoch entspricht die Gesamtfläche von 7.000 Hektar nicht 1,8 Prozent der Region, sondern

ist das Anderthalbfache davon (2,7 Prozent), wie Prof. Jürgen Straub kritisierte. Direktor D. Seidemann vom Regionalverband rechtfertigte dies mit einer „genügend großen Reserve“. Die beträgt immerhin die Hälfte mehr als vom Landesgesetz vorgesehen ist, Kliche- Behnke (SPD) will den Flächenfraß sogar auf 3,2 Prozent der Landesfläche steigern!

Deutscher Stromverbrauch

Immer wieder werden die negativen Folgen der vielen Windparks mit dem Argument gerechtfertigt, wir müssten von den USA und Russland in der Energie „autark“ werden und zugleich die Umweltzerstörung durch die Industrie durch erneuerbare Energien (EEG) auffangen. So wurde der Bevölkerung von der Regierung versprochen, für ALLE würde der Strompreis sinken. Tatsache ist, für die Industrie kostet die Kilowattstunde 5 Cent, für Privathaushalte das Fünffache! Die größten Verbraucher sind Industrie (ca. 40 %), private Haushalte (28 %) und Gewerbe/Handel (26,7 %). alle E-Fahrzeuge (Autos, LKWs, Busse usw.) zusammen verbrauchten 2024 bundesweit 16 Terrawattstunden (TWh) Strom im Jahr. Ihr Bedarf soll bis 2040 um mehr als das Zwanzigfache auf 355 TWh steigen, um alle E-Fahrzeuge batterieelektrisch oder mit Wasserstoff zu versorgen. Primärer Antreiber für den wachsenden Strombedarf ist die Künstliche Intelligenz mit ihren Rechenzentren. Laut der Internationalen Energieagentur (IEA) wird sich ihr Strombedarf in den nächsten vier Jahren verdoppeln. Der aktuelle Stromverbrauch aller deutschen Rechenzentren ist so hoch wie der Gesamtverbrauch an Strom in unserer Millionenstadt Berlin.

Grüner KI-Irrweg

In der Regionalversammlung prahlte die Landtagsabgeordnete Cindy Holmberg (Grüne) über den aktuellen Beschluss, hier werde aus Wind Gold gemacht – wer denkt da nicht an das Märchen vom Rumpelstilzchen? Das renommierte McKinsey-Institut hat errechnen lassen, dass die Digitalisierungsprojekte für KI-Anwendungen (KI = Kritische Intelligenz) in Europa bis 2030 den Strombedarf auf 150 Terrawattstunden verdreifachen werden. „Das macht fünf Prozent des gesamten europäischen Stromverbrauchs aus“, so ein Partner von McKinsey. Beim Haushaltsbeschluss für das Tübinger „Cyber Valley-Campus“ jubelte Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne): „Wir investieren, damit Baden-Württemberg das Kalifornien Europas wird. Wir wollen Spitze bei der Künstlichen Intelligenz sein, das Cyber-Valley ist enorm wichtig dafür.“ Markus Söder (CSU) will ihm in Bayern den Rang ablaufen.

Linke Forderungen

Wir brauchen keinen überdimensionierten KI-Campus, sondern eine Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit Strom durch lokale oder regionale Energieproduzenten und –lieferanten. Am besten durch demokratisch kontrollierte Stadtwerke. Stromsperrungen darf es seit Jan. 2022 für Familien mit Kindern oder mit Pflegebedürftigen nicht mehr geben. Dieser kleine gesetzliche Fortschritt muss ausgeweitet werden: Familien mit geringem Einkommen müssen ein Anrecht auf eine Strommenge pro Kopf zu einem festen Preis haben – das entlastet übrigens auch den Kreishaushalt, der für Bürgergeldempfänger Kosten für Miete und Wärme übernimmt. Außerdem muss das Versprechen einer deutlichen Strompreissenkung für ALLE endlich umgesetzt werden.

Solidarität mit Rojava!

Bundesregierung muss sich für demokratische Autonomie einsetzen

Die unter dem kurdischen Namen „Rojava“ bekannte Demokratische Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien wurde während des Bürgerkriegs im Abwehrkampf gegen die dschihadistischen Mörderbanden des IS unter Führung der multiethnischen Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) erkämpft. Lange konnte sie ihre säkulareren, antipatriarchalen und basisdemokratischen Strukturen sowohl gegen Vorstöße des diktatorischen Regimes der Baath-Partei sowie der vom NATO-Partner Türkei unterstützten islamistischen Rebellen verteidigen. In der Region leben kurdische, assyrische, aramäische, arabische und andere Bevölkerungsgruppen friedlich und weitgehend selbstbestimmt zusammen. Frauen, die im Widerstand – teilweise in eigenen Milizen der kurdischen Selbstverteidigungseinheit YPG/YPJ – eine entscheidende Rolle spielen, haben sich weitgehende Gleichberechtigung erkämpft.

Nach dem Sturz des Tyrannen Assad haben die islamistischen Rebellen nun eine Übergangsregierung in Damaskus etabliert mit dem vagen Versprechen demokratischer Wahlen. Auch versprochen war Respekt vor den Rechten religiöser und ethnischer Minderheiten. Offiziell sollten auch die Strukturen Rojavas gleichberechtigt in den neuen Staat eingebunden werden. Leere Versprechen: Gewählt wird erst einmal nicht – und Angriffe auf Angehörige der drusischen und alawitischen Minderheiten setzen schnell ein. Auf Rojava begann ein militärischer Vormarsch. Kurdische Menschen in Regionen wie Aleppo werden vertrieben. Kobanê – das Symbol des verzweifelten und zuletzt erfolgreichen Widerstands gegen den IS – wird erneut von Dschihadisten eingekesselt. Mit der Pistole auf der Brust und Gewehr im Anschlag verhandelt die Demokratische Selbstverwaltung während einer fragilen Waffenruhe um den Erhalt von Autonomie und Demokratie. Ein gewisser Grad der Integration in militärische und administrative Strukturen ist unvermeidlich – wieviel der Selbstbestimmung erhalten werden kann, hängt auch von der Unterstützung von außen



ab.

Der Westen, der die SDF – wenn auch halbherzig – gegen den IS unterstützt hatte, verlor nach dem Sturz Assads sein Interesse an Rojava. Man setzt auf die von den Islamisten unter dem ehemaligen al-Qaida-Mann Dscholani versprochene Stabilität. Trumps Segen hat er sich bei einem Treffen in Saudi-Arabien geholt. Nach Berlin wurde er eingeladen, um über wirtschaftliche Hilfen zu sprechen – über Abschiebungen hatte man bereits Vereinbarungen getroffen. Den Besuch musste Dscholani absagen, weil er mit der Organisation des militärischen Angriffs auf Rojava beschäftigt war.

Aber auch ohne internationale Unterstützung geben die Menschen in der Region ihren Kampf und ihre Hoffnung nicht auf. Im Interview mit der Monatszeitung ak sagt

Stêrk Botan, YPJ-Kommandantin aus Qamishlo, „Das hier entwickelte Projekt ist ein konkretes Beispiel dafür, dass sozialistische Frauen – jenseits nationaler, ethnischer oder religiöser Zuschreibungen – unter Bedingungen von Krieg und Gewalt eigenständige politische Strukturen aufbauen und verteidigen können. Weder die dschihadistische Ideologie noch der Integrationsprozess werden uns davon abhalten, uns weiterhin zu organisieren“

Der Solidarität unserer Regierung mit den Dschihadisten in Damaskus stellen wir Solidarität mit Rojava entgegen. Die Bundesregierung muss unter Druck gesetzt werden, jede Unterstützung Syriens an die Einhaltung von Menschenrechten und unmittelbar die Anerkennung der demokratischen Autonomie in Rojava zu binden. Die Kumpanei mit dem islamistischen Regime muss aufhören.

Humanitäre Hilfe, die wirksam ankommt, kann durch eine Spende unter dem Stichwort „Rojava“ an medico international e.V. gefördert werden (IBAN: DE69 4306 0967 1018 8350 02 BIC: GENODEM1GLS GLS Bank).

Matthias Zick-Varul

Kurz und bündig!

Armutsquote gestiegen

Während die CDU davon faselt, dass die Beschäftigten für ihre künftige Rente mehr Eigenverantwortung, sprich Eigenzahlung übernehmen müssen, verkündet das Statistische Bundesamt einen weiteren Anstieg der Zahlen für Arme in der drittstärksten Volkswirtschaft der Welt. 13,3 Mio. Menschen mussten 2025 unterhalb der Armutsgrenze in Deutschland leben (16 Prozent der Bevölkerung). Das betraf jede dritte alleinlebende Person und rund 29 Prozent der Alleinerziehenden – 90 Prozent sind davon Frauen, deren Männer sich der Verantwortung für die Kinder entziehen! Die höchste Gefährdung haben Arbeitslose (65 Prozent) und jede fünfte Person im Ruhestand. Seit der Aussetzung der Vermögenssteuer 1997 werden keine Daten mehr über die Millionäre oder die rund 250 Milliarden in Deutschland erhoben.

Manuel Hagel (CDU) in Rottenburg

CDU öffnet Rentenkasse für Börsenspekulation

CDU-Kandidat Manuel Hagel sprach in Rottenburgs Festhalle vor gut 400 ZuhörerInnen und predigte „Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft“ als Rettung aus der Wirtschaftskrise. Deshalb müsse man sich von „Gewohntem trennen, Standards abbauen“. Er bezog dies auf die Finanzkrise der Kommunen. Hilft dabei sein Märchenschloss einer neuen KI-Universität? Vorausgesetzt, es gäbe eine gute Bildung durch „mehr Leistungsorientierung“ von Anfang an, auch durch ein kostenfreies letztes Kita-Jahr mit verbindlichen Sprachtests. Als er über das mehrgliedrige Schulsystem sprach, hatte er offenkundig keine Ahnung von der Neuen Sekundarschule, wie sie ein Expertenteam aus Wissenschaft und Pädagogen vorschlägt. Denn genau diese Schulreform führt ab Klasse 5 schulische Praktika in der Arbeitswelt ein – entsprechend den Interessen der Kinder. Dann braucht Hagel nicht mehr über den „ewigen Akademisierungsdruck“ und den „Einheitsbrei“ im Bildungsbereich (Hagel-Flyer) zu jammern!

Hagel als Weichspüler

Insgesamt tritt Hagel als Weichspüler des harten Sozialabbaus von Merz auf. Das zeigt sich an den Themen, die er in Rottenburg NICHT ansprach. Entsprechend dem hohen Altersdurchschnitt seines Publikums wandte er sich dagegen, dass künftig alle Zahnarztkosten privat bezahlt werden müssen, wie es Kanzler Merz fordert. Die Steuerreform der CDU soll vor allem hohe Einkommen entlasten, ein Spitzensteuersatz ab 80.000 Euro entlastet vor allem die Milliardäre und nicht den „Mittelstand“! Merz plant zudem, Renten als Objekt für Börsenspekulation einzuführen. Das ist der Kern seiner „Reform“, indem der staatliche Anteil für den Bezug aus der Rentenkasse massiv gekürzt werden soll (damit die Unternehmer weniger einzahlen müssen) und der „Eigenanteil“ der Beschäftigten stark steigen soll. Woher die das Geld nehmen, wenn nicht stehlen, bleibt selbst dem Sozialflügel der CDU rätselhaft!

Angriffe von Merz

Seit Monaten greift der Ex-Blackrock-Manager (12 Mio. auf der Hohen Kante, Privatflugzeug) den Sozialstaat als „unbezahlbar“ an. Mal sind es die „Totalverweigerer“, mal die Frauen mit ihrem „Lifestyle“ (beschäftigt mit



Kindererziehung, Pflege der Eltern, Haushalt für Ehemann), dann Zwangsarbeit für 10 Euro für BürgergeldempfängerInnen wie in Sachsen-Anhalt, schließlich die Krankschreibungen (angeblich alles Simulanten) und die Bürgergeldempfänger.

Jetzt hetzt Bundesgesundheitsministerin Nina Warken die Pflichtversicherten sogar gegen „Bürgergeldempfänger“ auf. Von den 5,5 Mio. Bürgergeldempfängern sind 1,8 Mio. Kinder und Jugendliche, zwei Mio. sind nicht arbeitsfähig wegen Krankheit oder Mangel an Betreuungsplätzen für Kinder. 830.000 sind „Aufstocker“ trotz ihrer Vollbeschäftigung (!), weil Unternehmer zu geringe Löhne für einen ausreichenden Lebensunterhalt zahlen und aus Profitgründen der Staat den geringen Lohn aus Steuergeldern „aufstocken“ muss. Laut Warken sind diese Bürgergeldempfänger Schuld an steigenden Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Sie bezeichnete diese Gelder als „beitragsfremde Leistungen in der GKV“. Rund 100 Euro zahlt der Bund aktuell für Bürgergeldempfänger. Doch Warken will den gesetzlichen Anspruch auf die regulären Leistungen ganz beseitigen. Dieser umfasst die Kosten für Arztbesuche, Krankenhausaufenthalte und andere medizinische Behandlungen.

Rentenniveau gefährdet?

Die aktuelle Finanzsituation der Rentenkasse ist keineswegs gefährdet, wie die CDU/CSU uns glauben machen will. Das Beitragsniveau ist seit Längerem stabil, 2007 bis 2011 betrug es unter 20 Prozent, 2018 sogar nur 18,6 Prozent. In dieser Zeit ist die Zahl der 65-Jährigen in der Bevölkerung andauernd gestiegen und die Erwerbstätigkeit von Frauen hat die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sogar erhöht. Sogar die OECD stellte fest, dass die deutschen Renten deutlich unter dem Mittelmaß in den Industrienationen liegt, besonders in der drittstärksten Industrienation der Welt Deutschland! Aber anstatt endlich Selbstständige, Ärzte, Rechtsanwälte und Beamte in die Rentenkasse einzubeziehen, werden seit Monaten die einen gegen die anderen ausgespielt, ohne dass die Verantwortlichen in Finanz- und Politikerkreisen zu langfristigen Verbesserungen für die Mehrheit der Bevölkerung herangezogen werden. Das ist CDU-Politik pur und muss natürlich dem Rottenburger Publikum verschwiegen werden. Denn: Wer RentnerInnen quält – wird nicht gewählt!

Wahlaufruf: DIE LINKE in den Landtag

Geht am 8.März 2026 wählen



Wir treten für ein Baden-Württemberg an, das niemanden zurücklässt. Wir widersetzen uns rechter und rassistischer Hetze. Wir nehmen die Angriffe auf den Sozialstaat und Arbeitnehmer*innenrechte nicht hin. Wir wehren uns gegen Wehrpflicht und Kriegstreiberei.

Am 8.März beide Stimmen für DIE LINKE, was denn sonst? Eine Stimme/ ein Kreuz ist für die Direktkandidatin im Wahlkreis Tübingen Katharina Poppei, die zweite Stimme ist für die Stärke der Linken im künftigen Landtag.

Rottenburger Erfahrungen

Aus den letzten 15 Jahren gibt es überprüfbare Schwerpunkte und Erfolge linker Politik im Gemeinderat und in der Öffentlichkeit, durch unser „Neues aus dem Neckartal“, den parteiunabhängigen Kommunalpolitischen Arbeitskreis und durch die starke Unterstützung von zwei gewonnenen Bürgerentscheiden! Dies wollen wir durch unsere Kandidatin Katharina Poppei für den Wahlkreis Tübingen auch im Landtag weiter vertreten.

Kinderbetreuung und Bildung

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit war der Ausbau der Kinderbetreuung durch mehr Plätze, vor allem zum Vorteil in Neubaugebieten wie Kreuzerfeld-Süd und auf dem ehemaligen DHL-Gelände. Wir haben die kontinuierliche Erhöhung der Ausbildungszahlen in der praxisintegrierten Ausbildung (PIA-System) durchgesetzt, eine leistungsgerechte Bezahlung der pädagogischen Fachkräfte nicht nur in kommunalen, sondern auch den kirchlichen Kitas, die Stärkung der Tagespflege-Eltern (Rottenburger Modell) und sind als einzige Fraktion immer gegen die Erhöhung der Kita-Gebühren eingetreten. Denn Bildung (Orientierungsplan Kitas) muss gebührenfrei sein! Natürlich sind wir für den Ausbau unserer kommunalen Schulen eingetreten, die

jahrelang durch völlig ungenügende Finanzmittel der Grünen und Schwarzen in der Landesregierung verschleppt wurden und werden.

Wohnbau

Die Wartelisten für eine bezahlbare Wohnung in Rottenburg werden immer länger, auch durch viele Leerstände. Deshalb sind wir für das Neubaugebiet im Dätzweg (DHL-Gelände) mit einem festen Satz von 30 Prozent sozial geförderter Wohnungsbau eingetreten. Dies wurde durch die Gründung einer von uns unterstützten Wohnungsbaugesellschaft ermöglicht. Der nächste Schritt muss sein, auf Landesebene eine zentrale Wohnungsbaugesellschaft zu gründen, die den Wohnungsmarkt nicht den Spekulanten und großen Konzernen wie Venovia überlässt!

Natur- und Klimaschutz

Sehr engagiert hat sich die Linke gegen den Flächenfraß durch die Vernichtung von (Bio-)Landwirtschaft im Galgenfeld zugunsten von angeblicher Gewerbeansiedlung eingesetzt. Ebenso gegen die Ansiedlung von Logistikern auf dem Flugfeld Baisingen/ Ergenzingen. Außerdem war der Bürgerentscheid für den Erhalt des Schlachthauses ein Erfolg, dessen Ergebnis die Stadtverwaltung bewusst boykottiert und bis heute nicht umgesetzt hat. Gemeinsam mit Landwirten und Bewohnern von Hirrlingen hat sich die Linke gegen die Erweiterung des Steinbruchs in Frommenhausen eingesetzt, weil die Erweiterungsfläche direkt für Aufforstung mit hoher Biodiversität und Landwirtschaft vorgesehen ist und die Anwohner mit 700 LKW-Fahrten täglich plagt. Eine soziale und ökologische Wende gibt es nur mit der Linken!



Deshalb am 8.März beide Stimmen für DIE LINKE im Landtag: Je mehr Stimmen für die Linke, desto mehr wird der Stimmenanteil der Rechtsextremen von der AfD gedrückt. Deshalb ist die zweite Stimme genauso wichtig wie das Kreuz für die Wahlkreisabgeordnete Katharina Poppei!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

SPD – die Sozialstaatspartei?

Für die längste Zeit ihrer Geschichte hatte die SPD den Anspruch, die Sozialstaatspartei zu sein. Spätestens seitdem unter einem SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder Hartz IV initiiert und unter einem SPD-Sozialminister Franz Müntefering umgesetzt wurde, hat sie ihre sozialpolitische Glaubwürdigkeit verspielt. Die halbherzigen Reformen unter dem Titel „Bürgergeld“, bei dem sich SPD und die GRÜNEN später im Kabinett Olaf Scholz nur allzu bereit vom kleinsten Koalitionspartner FDP haben ausbremsen lassen, haben bei allen Mängeln zumindest den Eindruck eines Kurswechsels erzeugt.

Im Superwahljahr 2026 versucht die SPD nun, ihr sozialpolitisches Profil gegenüber dem Koalitionspartner CDU zu schärfen. Man kann sich kaum des Eindrucks erwehren, die Union unterstütze sie dabei: Aus ihren Reihen kommen wildeste Vorschläge wie die Herausnahme der zahnmedizinischen Versorgung aus der Krankenversicherung, die Streichung des Rechtsanspruchs auf Teilzeitarbeit, Zwangsarbeit für Jobcenter-Kund*innen etc. Die SPD will sich hier dann als sozialstaatlicher Fels in der neoliberalen Brandung präsentieren, an dem weiterer Sozialabbau zerschellt. Aber wie sieht es mit der tatsächlich umgesetzten Politik aus?

Testfall Grundsicherung

Als Sozialministerin hatte Bärbel Bas, SPD, die Chance, zumindest die minimalen Verbesserungen beim Bürgergeld zu verteidigen. Die CDU hatte im März 2024 per Vorstandsbeschluss einen Rückbau unter Hartz-IV-Niveau gefordert. Das SPD-geführte Ministerium legte im Dezember einen Gesetzentwurf vor, der Punkt für Punkt eine Ausformulierung der CDU-Vorlage ist. Sanktionen werden existenzgefährdend erhöht, Bedürftige weiter stigmatisiert – und unter einer fragwürdigen „Nichterreichbarkeitsannahme“ werden Totalsanktionen ausgeweitet.

„Wir drängen niemand aus der Wohnung,“ hatte Bärbel Bas noch im Oktober versprochen, das würde der Gesetzentwurf garantieren. Seit Dezember liegt er nun vor – und in der Einschätzung der Arbeiterwohlfahrt (AWO) ist der Schutz von Miete und Nebenkosten vor Sanktionen eben nicht effektiv sichergestellt. Auch andere Schutzmechanismen werden nach Einschätzung der A-

WO nicht greifen, weil ihre Umsetzung nicht kontrollierbar ist. Statt besserer Förderung psychisch Erkrankter, sind beispielsweise noch größere Auswirkungen auf die seelische Gesundheit Betroffener zu erwarten.

Sozialstaatsreform – doch noch Verbesserungen?

Können nun von den erwarteten Einsparungen wenigstens sozialpolitische Ziele finanziert werden, die eine „sozialdemokratische Handschrift“ tragen? Der finanzielle Spielraum ist gering – von den Friedrich Merz projektierten fünf Milliarden sind nicht einmal zwei Prozent übriggeblieben.

Das Ministerium von Bärbel Bas hat hierzu eine Kommission zur Sozialstaatsreform beauftragt. In deren Bericht findet sich Vieles, was Sinn macht: Vereinfachung von Strukturen, Digitalisierung von Abläufen... Aber man findet nichts, was die sozialpolitischen Probleme der Zeit angeht: größer werdende Existenzrisiken, Kinderarmut, Wohnungsnot. Zur Umverteilung fehlt der Mut – außer bei den Menschen im Leistungsbezug selbst. Hier sollen geringere Zusatzeinkommen stärker und höhere weniger angerechnet werden. Von den an sich schon sehr zurückhaltenden Minimalforderungen der Sozialstaatskommission der SPD selbst – wie etwa eine Verbesserung der Finanzierung über eine „Erwerbstätigenversicherung“ hat es darüber hinaus keine in den Bericht der Bas-Kommission geschafft...



Soziale Politik – geht nur links von der SPD

Wer sich vor allem um die Koalitionsfähigkeit mit der Union sorgt – und wer sich davor scheut, das Großkapital für die sozialen Folgen einer ungezügelter Marktwirtschaft zur Kasse zu bitten, wird keine ernsthafte soziale Politik gestalten können. Weiterer Sozialabbau kann nur über Signale an der Wahlurne und öffentliche Proteste mit Gewerkschaften verhindert werden.

Für eine durch gerechte Steuerpolitik gegenfinanzierte armutsfeste Grundsicherung, für bezahlbaren Wohnraum, für kostenlosen ÖPNV und kostenfreie Kitas gibt es nur eine Option: beide Stimmen für **DIE LINKE**.

Matthias Zick-Varul

„Fünf Millionen Freibetrag ist nicht genug“

Verband Die Familienunternehmer erzählt Märchen zur Steuerreform

Kürzlich veröffentlichte die Südwestpresse ein Interview mit Marie-Christine Ostermann, der Vorsitzenden des Verbandes „Die Familienunternehmer“ zur Erbschaftsteuer. Sie malte den Untergang Deutschlands an die Wand, wenn „künftig hohe Summen Erbschaftsteuer bezahlt werden müssten“ – „viele tausend Arbeitsplätze“ gingen verloren, selbst wenn die Steuer über lange Zeit gestundet würde. Denn das Geld für Investitionen würde fehlen. Diese Argumente sind fast deckungsgleich mit denen von CDU, AfD und der IHK Reutlingen, die das Aus für familiengeführte Betriebe beschwören.

Doch nichts davon ist wahr! Jährlich werden bei uns 400 Milliarden Euro vererbt. Dank der „Verschonungsbedarfsprüfung“ (28a ErbStG) müssen dafür nur 9,2 Mrd. Steuern bezahlt werden, das sind rund 2 Prozent des Gesamtsteueraufkommens. Laut einer Studie der OECD führten Steuersenkungen für die Reichsten in den letzten 50 Jahren nicht zum Aufbau von Arbeitsplätzen und mehr Wirtschaftsleistung. Noch immer bezahlen lohnabhängig Beschäftigte prozentual wesentlich mehr Steuern für ihre Arbeitsleistung als Erben durch leistungslose Schenkung oder Erbschaft. Ostermann behauptet: „Wenn jemand einen Betrieb erbt, ist die Leistung entscheidend, die er erbringt.“ Gilt das auch für die 40 Kinder unter 14 Jahren (!), die 2009-2020 Firmenanteile in Höhe von 33,3 Milliarden Euro erhielten und dafür 1 Prozent Steuern zahlten – 2,8 Millionen Kinder wachsen in Armut auf. Welche Leistung erbrachten diese 40 Kinder unter 14 Jahren???

„Die Familienunternehmer“

Die Bezeichnung soll bewusst täuschen. Bei Familie denken wir meistens, dass kinderreiche Familien in sozialer Notlage unterstützt werden müssten oder dass es sich bei Familienunternehmen im klassischen Sinn um kleine Betriebe und Mittelständler handele. Pustekuchen! Von 1990 bis 2010 hieß dieser Lobbyverband noch „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer“ (ASU). Er wurde initiiert und geleitet von Gerd Habermann, der Ehrenvorsitzender der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft ist, zu der die AfD-Politikerinnen

Schlachthof: Rottenburg oder Gärtringen?

Die Bindungsfrist des Bürgerentscheids für den Erhalt des Rottenburger Schlachthofs hat die Stadtverwaltung ablaufen lassen! Geschickt hat sie die Verantwortung für Planung und Finanzierung auf eine mögliche Betreibergesellschaft abgeschoben und darf sich jetzt an nichts mehr gebunden fühlen. Was mit dem Gelände und denkmalgeschützten Gebäude passieren soll, ist die Stadt bis heute schuldig geblieben. Der Erhalt unseres Schlachthofs wird zusätzlich durch den Baubeginn des Schlachthofs in Gärtringen infrage gestellt. Vor fünf Jahren war Gärtringen wegen schwerwiegenden Verstößen gegen das Tierwohl geschlossen worden. Jetzt hat der Betreiber eine Finanzsicherung vom Land in Höhe von vier Mio. Euro, vom Landkreis Böblingen (drei Mio. Euro) und einen Bankkredit über drei Mio. Euro für die Betreiber erhalten.

Alice Weider und Beatrix von Storch gehören. Verständlich, dass Ostermann, Präsidentin der Familienunternehmer, eine Kampagne gegen die „Brandmauer“ lostrat, bis im Dezember 2025 Familienunternehmen wie Rossmann, Fritz-Cola und Vorwerk gegen die AfD-Öffnung protestierten und austraten.

Mitnichten handelt es sich bei den Familienunternehmen im Verband um kleine Selbstständige, sondern laut Lobbyregister des Bundestages um Großbetriebe wie Deichmann, Sixt, Miele, Melitta, Merkur und Westfalen AG. „Die Familienunternehmer“ haben gerade mal 6.500 Mitglieder von den 2,8 Millionen deutschen Betrieben, diese kleine Minderheit behauptet, im Namen aller Betriebe zu sprechen! Die beiden Familien Boehringer und von Baumbach/ Ingelheim sowie Dieter Schwarz (Lidl) haben mehr Vermögen als 42 Millionen Deutsche zusammen, die ärmere Hälfte unserer Bevölkerung. Sind sie auch Mitglied dieses merkwürdigen Verbandes „Die Familienunternehmer“? 249 deutsche Milliardäre besitzen ein Gesamtvermögen von 1,4 Billionen Euro.

Wir sehen gerade an der Trump-Regierung in den USA, wie übermäßiger Reichtum in politische Macht umgemünzt und eine alte Demokratie von innen her zerstört wird. Deshalb ist eine progressive Einkommens- und Erbschaftsteuer ein entscheidender Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zum Erhalt unserer demokratischen Verfassung!



Kurz und bündig!

AfD verherrlicht amerikanische Terrorgruppe

Generalverdacht gegen alle eingebürgerten Migranten

Auf ihrer letzten Klausurtagung in Bayern verkündete die AfD, dass sie in Deutschland eine Sonderpolizei nach dem Vorbild der brutalen und schießwütigen ICE-Truppe in den USA fordern will, AFA (Asyl-, Fahndungs- und Abschiebegruppe) genannt. Wie die AfD Bayern mitteilte, will sie damit nicht nur ausreisepflichtige Personen abschieben, sondern auch deutsche Straftäter und Personen, „die sich den deutschen Pass erschlichen“ hätten! Durch die „focussierte Arbeit“ der AFA solle die Abschiebequote deutlich erhöht werden. AfD-Bundestagsabgeordneter Matthias Helferich bezeichnete das Vorgehen von Trumps ICE-Agenten als den richtigen Weg für eine „robustere Abschiebepolitik“. Parallel dazu forderte die Fraktionsvorsitzende Katrin Ebner-Steiner „abendliche Ausgangssperren für Asylbewerber“.

Breiter Protest gegen ICE

In den USA hatte das Vorgehen der maskierten und schwer bewaffneten ICE-Kräfte nicht nur Vergleiche mit der Gestapo hervorgerufen, sondern auch Proteste von Zehntausenden in allen größeren Städten der USA. Denn zuerst erschossen ICE-Kräfte in Minnesota eine Mutter von drei Kindern, nachdem sie sich noch freundlich mit einem ICE-Beschäftigten aus dem offenen Wagenfenster unterhalten hatte. Zwei Wochen später wurde ein am Boden liegender, wehrloser US-Bürger von zwei ICE-Kräften erschossen.

Hintergrund ist ein Abkommen zwischen dem rechtsradikalen Milliardär Peter Thiel und der ICE-Behörde vom April 2025, auf dem US-Weg in eine totalitäre Militärdiktatur pro Jahr mindestens eine Millionen angeblich illegaler Migranten abzuschicken, die AfD nannte das bis vor kurzem „Remigration“. Jetzt verschärfte das



Trump auf 3.000 Migranten pro Monat. Dafür werden nachts Razzien durchgeführt, Menschen in Schlafwä-sche auf die Straße gezerrt und kleine Kinder wie der fünfjährigen Liam Conejo R. in Handschellen abgeführt und verschleppt. Natürlich ohne korrektes Asylverfahren – das imponiert der AfD! Vielleicht kopiert sie dann auch den widerlichen Rassismus von Trump, der den Ex-Präsidenten Obama und dessen Frau auf seiner Truth Social als Affen postet! Jetzt hat der Haushaltsausschuss des Kongresses die Haushaltsmittel für Trumps Schlägertruppe gesperrt. Ein erster Schritt gegen seine barbarische Politik. Wie man im Volksmund sagt: Der Fisch stinkt vom Kopf her.

Weitere AfD-Pläne

Der argentinische Staatspräsident Milei mit seiner Kettensäge im Wahlkampf hat die AfD-Bayern stark beeindruckt. Sie fordert eine „Kettensäge für Bayern“ und eine Verkleinerung der Staatsverwaltung um 25 Prozent. Dazu will sie drei Ministerien abschaffen, Umwelt- und Verbraucherschutz, Wissenschaft und Kunst und auch das Digitalministerium. Bekanntlich will die AfD die Erbschafts- und die Vermögenssteuer (sie ist seit 1997 nur ausgesetzt) abschaffen und leugnet die menschengemachte Klimazerstörung. Dafür bekommt sie jährlich Millionen-Spenden von Großindustriellen wie zum Beispiel Theo Müller („Müller-Milch“ und „Nordsee“), insgesamt fünf Millionen. Die AfD-Politik muss nicht nur angegriffen werden, sondern deren Hyperreiche Spender muss durch eine progressive Erbschafts- und Vermögenssteuer das Wasser abgegraben werden.

Emanuel Peter

Kurz und bündig!

CDU verweigert bessere Kommunalfinanzen

Das größte deutsche Wirtschaftsinstitut, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung e.V. mit Sitz in Berlin (DIW), hat die Wiedereinführung der Vermögenssteuer untersucht. Diese Steuer ist eine reine Ländersteuer, von der die Kommunen sehr profitieren könnten. Im Schnitt würden alle Bundesländer ihre Einnahmen um 20 Prozent steigern können. Allein Baden-Württemberg hätte dann 14,5 Milliarden Euro mehr im Jahr. Damit könnten 500.000 kostenlose Kitaplätze geschaffen werden, allen Schülern ein kostenloses Mittagessen bezahlt und das Deutschland-Ticket günstiger gemacht werden. Aber CDU-Spitzenkandidat Hagel beantwortete in Rottenburg die Frage von OB Neher nach besseren Kommunalfinanzen nicht, die wir für die Sanierung des Hallenbades dringend brauchen. Dafür will Hagel ja eine neue KI-Universität gründen – ein kostenloses Milliardenprojekt für die Industrie.

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Genug - Enough – Basta!

Erster weltweiter Frauenstreik am 9. März 2026

In hunderten Städten auf dem gesamten Globus, selbst in New York, Buenos Aires und Lima, findet der erste Globale Frauenstreik einen Tag nach dem Internationalen Frauentag am 8. März statt. Auch in Deutschland rufen dazu zahlreiche Organisationen, unter anderem Fridays for Future, in vielen Städten auf, so auch in Tübingen und Rottenburg.

Im Aufruf heißt es: „Wir haben erklärt, warum wir streiken, warum global – und warum die 49,7 % der Weltbevölkerung endlich im Zentrum politischer Entscheidungen stehen müssen. Streik bedeutet: Arbeitsniederlegung, verlängerte Mittagspause, kollektive Verweigerung – jede* und jeder* auf eigene Weise. Mit Anmut, Grandezza, Überzeugung und ja: mit einem guten Maß Größenwahn.“ Die Organisatorinnen verzichten bewusst auf ein Manifest und einen offiziellen Forderungskatalog, entscheidend ist ihnen das gemeinsame Signal: „Aus Ohnmacht wird Mut – und aus Mut Bewegung“, so Rita Schumacher vom Organisatorinnen-Komitee auf der Pressekonferenz, sie ergänzt „Entscheidend sei bis heute, dass wir kein Manifest und keinen Forderungskatalog vorgeben. Das verbindende Element ist das eigene „Genug“. Besonders eindrücklich: Wie sie die geplanten Aktionen beschrieben hat. Weniger klassische Demonstrationslogik, mehr Aneignung von Raum: sitzen, liegen, picknicken, tanzen, schreien, miteinander sprechen.“

Sexuelle Ausbeutung

Marie Florence Mahwera (Geschäftsführerin Landesfrauenrat Berlin) betont die (weibliche) ökonomische Sichtweise: „Während oft über mögliche Folgekosten eines Streiks für die Wirtschaft gesprochen wird, werden die gesellschaftlichen Kosten von Gewalt gegen

Konflikt um zivile Seenotrettung

An den Küsten von Sizilien und Kalabrien in Süditalien werden immer mehr Leichen von Frauen, Kindern und Männern in orangefarbenen Westen an Land gespült. Offensichtlich handelt es sich um Geflüchtete, deren Boot bei den Stürmen der letzten Wochen gesunken sind. In diesem Jahr sind bereits 530 Geflüchtete ertrunken. Doch für die rechtsradikale Regierung unter Georgia Meloni ist das nicht genug! Sie plant jetzt ein Gesetz für eine schärfere Migrationspolitik. Danach sollen Seeblockaden die Migrantenboote auf dem Mittelmeer abhalten, durch italienische Territorialgewässer zu fahren. Die Migranten sollen dann in umstrittene Abschiebelager wie in Albanien gebracht werden – aus dem Auge, aus dem Sinn, so die zynische Logik.

Zugleich erbost sich Meloni über ein Gerichtsurteil in Palermo: Die italienischen Behörden müssen der deutschen Hilfsorganisation Sea-Watch mit ihrer Kapitänin Carola Rackete 76.000 Euro Entschädigung zahlen. Das Seenotrettungsschiff mit 53 Geflüchteten war 2019 (!) illegal festgesetzt worden, als es das internationale Seerecht praktizierte, Menschen in Seenot zu retten und in einen sicheren Hafen zu bringen. Der war auf Lampedusa. Das Gericht sah die Festsetzung von Sea-Watch 3 als völlig ungerechtfertigt an und machte Meloni damit „sprachlos“!

Frauen – allein in Deutschland Milliardenbeträge – selten thematisiert.“ Die Zahl der Femizide (Morde an Frauen) ist erschreckend hoch, 308 im Jahr 2024, fast jeden Tag eine ermordete Frau aus sexistischen Motiven. Die Zahl der Frauenhäuser völlig unzureichend! Auf der Arbeit hat sich der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen in den letzten Jahrzehnten kaum grundsätzlich verändert. In den Care-Berufen (Pädagogische Fachkräfte, Schulen, Pflege) werden immer noch keine leistungsgerechten Löhne bezahlt. In Rottenburg musste dies erst durch jahrelange Proteste im kirchlichen und städtischen Bereich durchgesetzt werden. Von den Alleinerziehenden sind rund 90 Prozent Frauen, Männer entziehen sich ihrer Verantwortung. Die soziale Geringschätzung der Frauen spiegelt ihre Verachtung, Abwertung und Ausgrenzung in der Gesellschaft wieder. In vielen Ländern ist die Armut von Frauen der Nährboden, dass sie den leeren Luxusversprechungen der Macho-

Milliardäre wie Epstein, Trump und Co. folgen und dann zum Sex mit ihnen im Privatjet auf Inseln verschleppt werden. Deshalb versteht sich der Globale Frauenstreiktag bewusst in der Tradition der Metoo-Bewegung in vielen Ländern.

Aktionen: Ein Tag ohne Frauen, Film im Kino Waldhorn am 1. März 2026 um 11 Uhr
Treffen zum globalen Streik am 9.3.2026 an der Josef-Eberle-Brücke um 15-17 Uhr
Die Linke Rottenburg unterstützt diesen ersten globalen Frauenstreik.

Kurz und bündig!

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Großer Erfolg der Deutschen Umwelthilfe (DUH)

Regierung muss endlich ihre Klimaziele verschärfen

Nach jahrelanger Klage erzielte die DUH vor dem Bundesverwaltungsgericht einen überragenden Erfolg gegen die Bundesregierung im Klimaschutz. Denn momentan verfehlt die Regierung ihr eigenes Ziel für den Klimaschutz bis 2030 um 35 Mio. Tonne CO₂, rund sechs Prozent mehr als gesetzlich erlaubt. Der Expertenrat Klima errechnete bis 2040 sogar 554 Mio. Tonnen oder 20 Prozent zuviel. Abgewiesen wurden die absurden Behauptungen, die DUH dürfe überhaupt nicht klagen und das Klimaschutzgesetz sei überhaupt kein Programm. Die DUH ist ab sofort offiziell klageberechtigt – für Jürgen Resch (DUH) ein Meilenstein für den Klimaschutz! Zudem muss die Regierung bis Ende März 2026 ein Programm vorlegen, das die gesetzten Mindestziele einhält. Doch schon jetzt kündigt die Regierung einen neuen Rechtsbruch an: Sie beabsichtigt nicht, den Umweltverbänden den Entwurf ihres Klimaschutzprogramms zur Stellungnahme vorzulegen!

Erreichbare Ziele

Für den Bundesgeschäftsführer der DUH Jürgen Resch gibt es völlig erreichbare Ziele – sofern die Regierung sich nicht den Lobby-Interessen der Autokonzern und der fossilen Energieproduzenten beugt: Eine echte Stärkung des Fern- und des Öffentlichen Personennahverkehrs ohne gleichzeitige Erhöhung der Ticketpreise, eine Abschaffung des Dienstwagenprivilegs, eine Sanierungsoffensive für marode öffentliche Gebäude einschließlich von Schulen und Kindergärten und ein Tempolimit auf 100, bzw. 80 Stundenkilometer, wie es in den meisten europäischen Ländern schon längst die Regel ist. Allein damit könnte die Klimaschutzlücke bis 2030 um rund ein Drittel geschlossen werden. Weitere Maßnahmen müssen für die Heizungs- und Gebäudebereich beschlossen werden.



Nächste DUH-Ziele

Mit dem neuen bestätigten Klagerecht im Rücken wird die DUH laut Resch bereits im März vor den Bundesgerichtshof ziehen, um eine drastische Reduzierung des CO₂-Ausstoßes der Fahrzeuge von BMW und Mercedes-Benz zu erreichen. Diese Konzerne müssen endlich die Pariser Klimaziele einhalten, auch wenn Ursula von der Leyen in der EU den europäischen CO₂-Preis für Heizen und Tanken wegen des Drucks der Industrie um ein Jahr verschoben hat.

Wachsende Erderwärmung

Kürzlich haben namhafte Klimaforscher vom renommierten Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) in der Fachzeitschrift OneEarth eindringlich vor einer unwiderruflichen Erderhitzung, genannt Hothouse-Zustand, gewarnt. Die Menschheit müsse sofort die Verbrennung von Kohle, Gas und Öl sowie die Rodung von Wäldern und die Trockenlegung von Mooren stoppen. Sonst würde das Erdklima auf dem Gleichgewicht kommen. Dieses Gleichgewicht ist vor 11.000 Jahren erreicht worden und erst ermöglicht unsere heutige Landwirtschaft und unser Leben auf der Erde. Der Hothouse-Zustand bedeutet eine Erhitzung um sechs bis acht Grad im globalen Durchschnitt und eine Erhöhung des Meeresspiegels um mehrere Meter. Dies würde mehrere Erdsysteme zum „Kippen“ bringen, ohne eine Chance für eine Rückkehr in den ursprünglichen Zustand.

Wer sich das nicht vorstellen kann, sollte sich die Videos von den Überflutungen großer Landstriche mit Niederschlägen bis zu 500 Litern pro Quadratmeter in Portugal, Spanien, Südf frankreich und Marokko anschauen. Die Klimazerstörungsliegner von der AfD werden dies sicherlich als Erfindungen abtun. Das sei nicht von Menschen verantwortlich, es hätte ja auch in früheren Jahrtausenden Wärme- und Kältephasen gegeben.

Termine:

Höcke raus aus Rommelsbach! Kundgebung und Protest: Samstag, 28. Februar 17:00 Uhr
Bildungszentrum Nord Rommelsbach (BZN)

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

11.03.2026 -> 19:00 Uhr -> AWO-Heim Rottenburg

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Dr. Emanuel Peter (EP)

Zirglerweg 3 , 72108 Rottenburg

Tel: 07472-42096, E-Mail: emanuelpeter@gmx.de



Jannik Renz

haenkoslav@riseup.net

V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (PE), 72108 Rottenburg

